

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Bestimmt täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Verkaufspreis bei Bestellungen monatlich 4 Mk., durch einen Briefträger zu tragen in der Stadt monatlich 4.50 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Zeitungen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle späterer Verzögerung, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen ist der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Zeitungspreises.



Zeitungspreis 1 Mt. für die gewöhnliche Kopierzeit oder deren Raum, Leihpreis 60 Pfg., Restsumme 2.50 Mt. Bei Abbestellung und Jahresausgabe entsprechende Preisnachlässe. Bekanntmachungen im engeren Teil (nur von Behörden) die 2. Spalte Kopierzeit 5 Mt., Nachmittags-Beilage 60 Pfg. Anzeigenannahme bis vorabends 10 Uhr. Für die Rückgabe der durch Fernpost übermittelten Kopien übernimmt die Postverwaltung. Jeder Abbestellungspreis ist zu zahlen, wenn der Betrag durch Konto eingezogen werden muß oder der Abbesteller in Raten gezahlt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Fischunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästig, für den Inserententeil: Arthur Fischunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 12.

Sonnabend den 15. Januar 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

**Kartoffelverkauf,** zentnerweise Abgabe von Vertragskartoffeln zu 35 Mark für den Zentner, findet Montag den 17. d. M. von 1—4 Uhr in der neuen Schule statt.  
Wilsdruff, am 14. Januar 1921. 1920 Der Stadtrat. — Kreiswirtschaftsamt.

## Fettverteilung.

Das Wirtschaftsministerium hat durch Verordnung vom 31. Dezember 1920 — Nr. 1834 V L A V I — die Ausgabe von Butter in sämtlichen Uberschußbezirken in der Woche vom 16. bis 22. Januar 1921 unterlagt und die Abgabe der dadurch ersparten Butter an die Landesfettstelle zur Belieferung der Zuschußkommunalverbände angeordnet. Im Kommunalverband Weissen Stadt und Land werden daher auf die Zeit vom 17. bis 23. Januar 1921 50 g Schmalz als Vorkaufspris auf den Abschnitt H der Landesfettkarte ausgegeben. Die Krankenbutterkarten sind gleichfalls mit 50 g Schmalz zu beliefern.

Der Preis für das Pfund Schmalz beträgt 17,50 Mk.  
Der Kommunalverband weist darauf hin, daß weder die Gemeindebehörden noch die Mitglieder der örtlichen Ernährungsausschüsse oder die Verkaufsstelleninhaber das Recht haben, die Ausgabe von Butter anstatt von Schmalz zu veranlassen. Wer unbefugte Butter abgibt oder sonst unbefugt über sie verfügt, wird nach § 35 der Speiseerbsenverordnung vom 30. Juli 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit

Selbststrafe bis zu 10000 Mark oder mit einer dieser Strafen belegt. Diese Strafen treten ein, sofern nicht nach den allgemeinen Vorschriften des Strafgesetzbuchs noch härtere Strafen wegen Mäßigkeit, Bedrohung usw. verhängt werden müssen.

Die Verteilungstellen haben ihren Bedarf an Schmalz unverzüglich der Butterzentrale Weissen, Wärmische Gasse, anzumelden.

Weissen, am 13. Januar 1921.

Nr. 5 II O.

Kommunalverband Weissen-Stadt und Land.

**Grumbach.** Sonnabend den 15. Januar von vormittags 8 bis nachmittags 2 Uhr Ausgabe der neuen Brot-, Milch- und Butterkarten in der üblichen Reihenfolge im Gemeindeamte.

Grumbach, am 14. Januar 1921.

Der Gemeindevorstand.

## Resselsdorf.

Sonnabend den 15. Januar vormittags von 12 bis 1/2 3 Uhr Ausgabe der neuen Brotmarken, Landesfettkarten und Vollmilchkarten. Die vorgeschriebene Zeit ist unbedingt inne zu halten.

Resselsdorf, am 14. Januar 1921.

Der Gemeindevorstand.

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Nach einer Erklärung des Reichsfinanzministers Dr. Wirth ist zur Vereinfachung des Besitzes eine ganze Anzahl neuer Steuern nötig.

\* Die Verhandlungen wegen Erhöhung der Vergütung der Abgeordneten werden in Berlin weitergeführt unter Eröffnung einer Kommission.

\* Die Unterkommission Subsidien der Interalliierten-Kommission hat unter Ablehnung jeglichen Solidaritätsprinzips ein Entschloßenes für die Eisenbahnen des besetzten Gebietes erlassen.

## Schärfere Tonart.

In Paris hat wieder einmal der Chauvinismus eine Orgie gefeiert und das ganze Kabinett Lequesne auf dem Altar unentwegter Bevandung geopfert. Mit 413 gegen 225 Stimmen — einer noch nicht dagewesenen Mehrheit — hat ihm die Kammer den Stuhl vor die Tür gesetzt und ihm damit attestiert, daß er nicht der geeignete, der starke Mann sei, die Interessen Frankreichs auf der bevorstehenden Wiederanbahnungskonferenz gegenüber Deutschland und — England zu vertreten. Man ließ ihn stolpern über die Interpellation Wolanowski über die Finanzpolitik der Regierung, die Interpellation Radnand über die Entwaffnung Deutschlands und die Interpellation Dreyfus über die allgemeine Politik der Regierung, deren sofortige Beantwortung Lequesne im Hinblick auf die unmittelbar bevorstehende Konferenz der Alliierten in Paris ablehnte. Das Kabinett Lequesne wackelte schon lange, beinahe hätte es Weidenblätter nicht mehr überlebt, denn die unter der dreifach unterirdischen Parole des unbedingten Nationalismus zustandgekommene neue Kammer war mit seinen Reden und Leistungen gegenüber dem gedrückten Deutschland noch lange nicht zufrieden. Der Woche bejahit alles, nicht nur die Wiederanbahnungssumme von ungläublichen Dimensionen, sondern auch den Abbruch und die Zigaretten des letzten Franzosen bis in alle Ewigkeit.

Lequesne konnte aber wollte das nicht. Er wurde auch fast gebremst von seinen Bundesgenossen England, Italien und die Vereinigten Staaten. Diese blieben weiter als ihre Rasenspitze und sahen mit Grauen, wie die Weisheit der französischen Sadisten den abgelebten Gault Europa unweigerlich in einen Abgrund hineintreibt, aus dem es kein Wiederherauskommen gibt. Also mahnte und warnte man, und Uncle Sam zog sich überhaupt zurück, um nicht mit in den Abgrund hineingezerrt zu werden. Lequesne sah in der Joidankühle. Auf der einen Seite keine Chauvinistischen Einseitigkeit mit ihrem: „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, auf der anderen das Gewissen der Welt. Er versuchte sich mit einem Notendombardement auf Berlin aus der Affäre zu ziehen. Daß alles nichts! West den Schwächling in die Wölfschucht, brüllte der Chor des „nationalen Blutes“. Her mit dem starken Mann, der dem Volke endgültig den Garau macht. Ein Napoleon an Lücke, List, Verschlagenheit und brutaler Kraft soll kommen, um die Dentarbeit zu verrichten.

Wer wird nun der Vertreter der härteren Tonart sein? Das Rätselraten hat begonnen. Da Bescheidenheit keine Tugend französischer Politiker ist, so hat sich der Kammerpräsident Raoul Peret durch eine Ansprache an die Kammer in empfehlende Erinnerung gebracht: „Das Land muß die positiven Folgen des siegreichen Krieges mit größerer Klarheit vor Augen sehen. Dieser Friede gewährt aber noch kein Recht, sich zur Ruhe zu setzen.“ Das ist die Lösung und das Kampfbuch, wie es der Franzose braucht. In diesem Zeichen werden wir weiter gehen, meint Herr Peret. Man lasse sich nur auf Deutschland los; ich werde die Sache schon machen! Weiter nennt man auch Viviani, den verflochtenen Ministerpräsidenten, und den Expräsidenten Poincaré, der ja als langst approbierter Deutschhasser und der Hauptminister des Weltkrieges bekannt ist. Jedenfalls hat

Deutschland von dem neuen Kabinett, mag es heißen wie es will, nichts Günstiges zu erwarten. Man hat eben, wie schon oben erwähnt, dem französischen Volk solange etwas vorgebetet von der buchstäblichen Durchführung aller Bestimmungen des Vertrages von Versailles, man hat irrsinnige Summen, die Deutschland zahlen soll, in den französischen Etat eingebaut, sich solange in dem Gedanken an die Allmacht des „glorreichen“ Frankreichs in Europa gewiegt, daß dieser Rückschlag kommen mußte.

## Neue Reichssteuern.

Das Faß der Danaiden.

In einer Unterredung mit einem Pressevertreter erklärte Reichsfinanzminister Dr. Wirth, daß die Mehraufwendungen für die Beamten das Reich mit jährlich 3,8 Milliarden belasteten. Für die Länder und Gemeinden käme eine fast gleiche Belastung in Frage. So würde es schließlich darauf hinauslaufen, daß das Reich auch den Mehraufwand für Beamtenbesoldung der Länder und Gemeinden übernehmen müßte, in der Form, daß das Reich die neuen Steuerquellen erschließen und die Erträge aus den Steuern zum Teil an die Länder bzw. Gemeinden abgeben wird. Insofern wird also die gesamte Mehrbelastung von vielleicht rund acht Milliarden Mark das Reich treffen. Weiter sagte der Minister:

Es ist bekannt, daß wir schon für den Haushalt für 1921 mit einem Defizit von rund 7 Milliarden rechnen. Es werden also im ganzen 15 Milliarden neu aufzubringen sein. Das wird nur möglich sein durch eine Steigerung der Einnahmen aus den Eisenbahnen, sowie aus dem Post- und Telegraphenverkehr, also durch eine Erhöhung sowohl der Personen- wie Gütertaxis und eine Erhöhung der Brief-, Telegramm- und Telephongebühren. Um die werden wir nicht herumkommen, aber sie allein wird nicht reichen. Neue Steuern werden hauptsächlich für die Deckung sorgen müssen. Welche Steuerquellen in Frage kommen, das ist noch Gegenstand von Erwägungen.

Im finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates — jagte Dr. Wirth weiter — ist die Junggeheulsteuer angeregt worden. Ihr Erträgnis würde jedoch nur gering sein. Weit höhere Erträgnisse würden aus einer Erhöhung der Kopfsteuer, die bis zum 1. März gilt, aus einer Erhöhung der Umsatzsteuer, aus der Einführung einer Zuckersteuer fließen. Auch kämen Staatsmonopole in Betracht.

## Hungernde Gefandten.

Die polnische Hölle.

Wegen unzureichender Ernährung in Warschau hat die polnische Gefandtschaft die polnische Hauptstadt verlassen und die Vorkant nach Danzig verlegt.  
Infolge der großen Lebensmittelnot in Warschau hat der polnische Ministerpräsident Wlodek an den polnischen General-Kommissar in Danzig das Ersuchen gerichtet, die in Danziger Hafen für Polen ankommenden Lebensmittel so schnell wie irgend möglich nach Polen zu transportieren.

Wie trübe es tatsächlich in Polen aussieht, deutet eine Waderewski nabeziehende Warschauer Zeitung auf, indem sie schreibt: „Der vierte Teil unserer Helder liegt brach, die Hälfte unserer Fabriken ruht, unsere Städte versinken in Finsternis, unsere Einwohner hungern und sind alles dessen beraubt, woran ein Kulturmenschen gewöhnt ist. Man fristet von der Hütte bis zum Palast, weil es überall eng und dumm ist. Unsere Geschäfte- und Kramläden sind leer, denn es gibt nichts zu handeln. Unsere Mark ist einen Pfennig wert. Wir genießen keinen Kredit und können uns nur noch damit trösten, daß 25 Monate eine kurze Zeitspanne für die Organisation eines Staates ausmachen, und daß Polen ein Wirtschaftselend durchmacht, das irgendwie einmal ein Ende nehmen muß.“

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

\* Herabsetzung der amerikanischen Besatzungsstruppen. Wie aus Washington gemeldet wird, gab Staatssekretär Baker den Befehl zur Herabsetzung der amerikanischen Truppen in Deutschland von 15 300 auf 8000 Mann. Es ist möglich, daß die Truppen, die jetzt nach Amerika zurückgeschickt werden, mit jenen identisch sind, die ursprünglich für die Volksabstimmung in Oberschlesien bereitgestellt worden waren.

\* Die Haftentlassung Schiffmanns. Die preussische Justizverwaltung ist in der Presse verschiedentlich gefragt worden, ob die Entlassung des zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilten Schiffmann mit ihrer Billigung geschehen sei? Hierzu teilt der amtliche preussische Pressedienst mit, daß Schiffmann vom Gericht aus der Haft entlassen wurde, noch ehe das Urteil Rechtskraft erlangte, weil er infolge einer Erkrankung nicht mehr haftfähig war. Als das Urteil rechtskräftig wurde, ist Schiffmann auf freien Fuß geblieben, weil dauernd seine Haftunfähigkeit bescheinigt wurde (die Ärzte erklärten, daß er dauernd haftunfähig sei). Als dann beim Justizministerium angefragt wurde, ob man vom Standpunkt der Strafrechtspflege Bedenken gegen die Erteilung eines Auslandspasses habe, wurde dies verneint, weil jetzt und in nächster Zeit die Strafe gegen Schiffmann wegen seiner Krankheit doch nicht vollstreckt werden könnte.

\* Keine Sipo mehr! Der Hauptausschuß der Preussischen Landesversammlung nahm eine Reihe von Beschlüssen an, darunter den Nachtragshaushalt für die Schutzpolizei. Hierbei wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es eine Sicherheitspolizei nicht mehr gäbe, daß es also irrtümlich sei, wenn in der Öffentlichkeit von einer solchen gesprochen würde.

\* Sächsischer Antrag auf Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Die sächsische Regierung beantragte bei der Reichsregierung, die Erwerbslosenunterstützung auf täglich 15 Mark für Männer und angemessen auch für Frauen zu erhöhen. Die Unternehmer sollen dazu besonders herangezogen werden. Von mehrheitlich sozialistischer Seite wurde in der letzten sächsischen Landessitzung die Erhebung einer besonderen Erwerbslosensteuer von der Industrie gefordert, die nach der Höhe der Dividenden abgestuft werden soll.

\* Auf der Suche nach dem Mörder Rosa Luxemburgs. Der Rechtsanwalt der Familie Luxemburg hat an die Berliner Oberstaatsanwaltschaft den Antrag gerichtet, auf Grund des Gefändnisses des Jägers Kluge gegen eine Reihe von Personen, hauptsächlich Offiziere des Odenhotels, erneut das Strafverfahren einzuleiten wegen Anstiftung zum Mord. Mithilfe der Anstiftung des Verbrechens des Mordes, Begünstigung, Verbrechen der Rechtsbeugung (dies bezüglich des Kriegsgesichtsrats Jörn), Entweichenlassen von Gefangenen usw.

## Deutsch-Osterreich.

„Osterreich ist tot, es lebe Deutschland.“ In der letzten Sitzung der Kommission für den Preisabbaun jagte Universitätsprofessor Wollan: „Uns kann nur geholfen werden, wenn der Ruf verweht wird, den die Regierung mit ihr zusammen erheben: „Osterreich ist tot. Es lebe Deutschland!“ Reichminister Werner stellte namens der Technischen Union zwei Anträge: 1. Einführung der Todes- und Prügelstrafe für Schieber. 2. Sofortige Durchführung der Urabstimmung über den Anschluß an Deutschland, und zwar soll der 1. März der Tag des Anschlusses sein.

## Großbritannien.

Der Kleinkrieg in Irland. Nach einer Meldung aus Dublin ist das Mitglied des irischen Parlaments, Lynch, in seiner Wohnung verhaftet worden. Bei Lynch blieben

Bevaffnete die Direktoren der Bank von Kunster und Leister an und raubten 1200 Pfund Sterling. In Genard (Grafschaft Longford) wurde der Polizeikommissar beim Eintritt in ein Privatgebäude ermordet und das Haus angezündet.

### Türkei.

Seegeschicht im Schwarzen Meer. Einer Meldung aus Konstantinopel zufolge hat ein Torpedobootszerstörer, welcher der Marine einer der Nationen der Alliierten gehört, ein Zusammentreffen mit einer Sowjetflotte im Schwarzen Meere gehabt, die größere Truppenmassen nach Trabzon bringen sollte. Ein bolschewistisches Schiff soll untergegangen sein. Die übrigen acht Schiffe ergriffen schnell die Flucht.

### Amerika.

Zur Kriegsschadigungsfrage. Auf einem Essen des Auswärtigen Ausschusses in Washington wurde die Notwendigkeit eines unverzüglichen Eingriffes der Vereinigten Staaten zugunsten der Erledigung einer europäischen Wiedergutmachungsfrage erörtert. Paul Stovath, einer der Sprecher, betonte, die Vereinigten Staaten müßten für eine schnelle Wiederherstellung Deutschlands eintreten, damit die Entschädigungssumme an Frankreich gezahlt werden könne. Die Vereinigten Staaten würden bald gezwungen sein, Europa größere Anleihen zu gewähren. Ein soeben aus Deutschland zurückgekehrter Vertreter einer großen finanziellen Korporation erklärte, daß die Zukunft der Welt gefährdet sei, wenn man die deutsche Industrie länger verfallen lasse.

### Aus In- und Ausland.

Berlin. Das französische Departement der Rheinlands-Kommission hat bei dem Vertreter des Reichsernährungsministers in Koblenz die Erteilung der Einfuhrbewilligung für 1000 Liter Milch für französische Zivilisten in Mainz und Wiesbaden nachgesucht.

Mahabub. Die Polizei ist nicht imstande, den sich jetzt bis Sultanpur, 68 Meilen südlich Mahabub in Indien, erbreitenden Aufruhr zu unterdrücken. Verschiedene Häuser in dieser Gegend wurden in Brand gesetzt, 600 Gefangenen wurden vorgeworfen.

### Christentum und Volkswirtschaft.

#### Vorlesungen des Münchener Erzbischofs.

Welt über die Grenzen Münchens hinaus erregen berechtigtes Interesse die Vorlesungen, die der Erzbischof von München, Dr. v. Faulhaber, in der dortigen Michaelskirche über Kapital und Arbeit sowie über Privateigentum und Volkswirtschaft seit einiger Zeit hält. Nachstehende Beispiele zeigen, wie klar der Kirchenfürst diese Gegenstände behandelt:

Das Evangelium kennt einen Kapitalismus, der Unkraut ist, und einen, der Weizen ist, ein Kapital, das für die Monarchie und Wasser und Brot der Gesellschaft einen Reiz bedeutet, und ein Kapital, das für die Familie, die soziale Wohlfahrt und den eigenen Arbeitsgeist ein großer Segen ist. Das Kapital ist heute in andere Fächer gewandert: der Kapitalismus aber ist nicht ausgestorben.

Der alte Kapitalismus nach europäischem Muster hat bisweilen mit Seifeln geschlagen, der neue Kapitalismus nach amerikanischem Muster wird mit Skorpionen züchtigen. Man darf erwarten von allen Christen christlichen Arbeitsethos (wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen) und den Stolz, sein eigenes Brot zu essen. Die christliche Wirtschaftsordnung muß wünschen, daß der unseltsame Gegensatz zwischen Handarbeitern und Geistesarbeitern endlich aufhört. Die christliche Wirtschaftslehre mahnt die Arbeiter an ihre Pflicht, rechte Arbeit zu leisten, hat und Gut der Arbeitgeber zu schenken, nicht von maßlosen Forderungen sich einlassen zu lassen und die Rechte der andern Stände zu achten. Der Arbeiter muß mit feinem Lohn seiner Familie einen menschenwürdigen Unterhalt geben können. Ein zweites Arbeiterrecht, das freie Vertragsrecht, enthält zugleich die gesellschaftliche Voll- und Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Jeder Arbeiter sollte Aussicht haben, sich mit der Zeit Grund und Boden zu erwerben. Die Frage der Arbeitszeit kann nicht nach der Einheitschablone des Achtstundentages, sondern nur nach der Arbeitsleistung und den örtlichen Verhältnissen beantwortet werden.

#### Eine überspannte Gleichheit

Könnte zur größten Ungleichheit werden. Die freiwillige Mehrarbeit verbietet oder gar durch ein Arbeitsgesetz unter Strafe stellen, wäre wirtschaftlicher Wahnsinn. Die christliche Wirtschaftsordnung hält aus guten Gründen am Privateigentum fest. Der geistig reife Mensch will sein eigenes Brot essen und nicht von der Gnade einer staatlichen Wirtschaftsstelle abhängig sein. Christi Wort: „Traget nicht, was werden wir essen“ will die übertriebene, nicht die vernünftige Wirtschaftslehre beibringen und ganz gewiß nicht den wirtschaftlichen Sinnempfinden beistimmen. Wir haben in der Kriegswirtschaft und in den Kriegsgesellschaften einen Vorgeschmack der Gemeinwirtschaft gehabt und haben diese Wirtschaft gründlich satt bekommen.

## Gräfin Pia

Roman von H. Courths-Wahlers.

36. Fortsetzung. (Kochbuch verboten.) Sie schüttelten sich die Hände. Der Graf sah sehr bloß und erregt aus. „Kommen Sie gleich hier herein, in mein Arbeitszimmer“, bat Hans von Ried, im Bestreben, den Grafen den neugierigen Blicken seiner Dienerschaft zu entziehen. Dieser atmete auf, als sich die Zimmertür hinter ihm geschlossen hatte. Ein nervöses Lächeln flog über sein Gesicht. „Lachen Sie mich aus — ich habe vor den Blicken Ihrer Dienerschaft wie eine Renne gezittert“, knirschte er zwischen den Zähnen hervor. „Das ist das erste Mal, eine nervöse Erregung, die nun überstanden ist“, sagte er beruhigend. Schwer atmend fiel der Graf in den Sessel, und Hans ließ sich ihm gegenüber nieder. Nach einer Weile schien der alte Herr ruhiger zu werden. Er sah sich im Zimmer um. „Sie haben das Arbeitszimmer Ihres Vaters zu dem Ihren gemacht, wie ich sehe.“ „Ja, Herr Graf.“ „Hier habe ich so oft in ernstem und heiterem Gespräch mit Ihrem Vater zusammen gesessen. Weit, weit liegt das hinter mir.“ „Ich hoffe, Sie werden es wieder lernen, sich in Riedberg zu Hause zu fühlen — so, wie ich mich jetzt in Buchenau zu Hause fühle“, sagte der junge Mann warm. „Wirklich — tun Sie das wirklich?“ „Ja, Herr Graf — mein Wort darauf.“ „Und hören Sie heute nicht?“ „Keineswegs. Ich bin dabei, mit allen Erinnerungen abzuschließen. Die Briefe, die ich vernichten will, brennen noch heiß genug. Aber darf ich Ihnen zu rauchen anbieten — und ein Glas Wein? Diese Stunden müssen wir mit einem

Wo der Faule genau so weit kommt wie der Fleißige, da muß alle Arbeitsfreude und aller gesunde Ehrgeiz absterben.

Wo jede persönliche Beziehung zu den Rohstoffen und Betriebsverrichtungen fehlt, da muß eine grenzenlose Schieberwirtschaft einreichen. Keine Wirtschaftsordnung kann alle Mißstände und Fehler vermeiden; die auf Privateigentum aufgebauete Wirtschaft aber bietet wenigstens eine größere Vielseitigkeit für Arbeitsgeist und Arbeitsordnung. In Wirtschaftsfragen heißt das Problem nicht mehr Sozialismus, sondern Volkswirtschaft. Nehmen Sie den Menschen, wie er wirklich ist, mit all den Instinkten des Raubtiers, wie er sich in den letzten Jahren entlarvt hat, nicht in der Idealfassung, wie ihn phantastische Schriftsteller uns vormalen wollten! In kleinen Betrieben ist ja die Unfähigkeit leichter auszugleichen; wenn aber in einem das ganze Reich umfassenden Gemeinschaftsbetrieb die Unfähigkeit an leitender Stelle steht, dann muß das auf den gesamten Arbeitsmarkt zurückwirken und das wirtschaftliche Leben ins Endlose erschüttern. Auch die christliche Wirtschaftslehre ist gegen Wünsche der Individualität, gegen Vererbung der großen Vermögen und für gerechte Lohnverhältnisse. Auch sie könnte sich mit einer Erweiterung der gemeinlichen und staatlichen Betriebe abfinden, die ihrer Natur nach auf Gemeinschaftsleistung hinweisen und nur mit Gemeinschaftsarbeit gehoben werden können, vorausgesetzt, daß das Privateigentum nach dem besten Gebot abgelöst wird und ein volkswirtschaftliche Notwendigkeit vorliegt. Immer mehr kehrt sich das Schlagwort wieder, Christus sei selbst Kommunist gewesen.

Einem Kommunisten gegenüber („Sage meinem Bruder, daß er die Erbschaft mit mir teile!“) lehnt es Christus ausdrücklich ab, als Erbschaftsbesitzer aufzutreten. Ein anderes Wort von ihm: „Wer zwei Röcke hat, gebe dem einen, der keinen hat.“ — es heißt, nebenbei bemerkt, nicht: „Wer einen Rock hat, nehme dem einen, der zwei Röcke hat.“ — soll den Kommunismus der gebenden Liebe, nicht aber den Kommunismus der nehmenden Hand, den Kommunismus des Bettlars, nicht aber denjenigen des Raubtiers verhängen, verhält sich also zu dem wirtschaftlichen Kommunismus von heute wie der Tag zur Nacht.

In kommunistischen Kreisen — sagt der Erzbischof ferner — wird der Versuch gemacht, mit Verweisung auf das vierte und fünfte Kapitel der Apostelgeschichte, die kommunistische Wirtschaftslehre als Ursprung des Christentums auszugeben. Dort aber ist von einer freiwilligen christlichen Armenpflege großen Stils, nicht von einer zwangsweisen Aufhebung des Privateigentums die Rede. Der heutige Kommunismus will den Gemeinbesitz zu gleichen Teilen verteilen, die Apostelgeschichte aber spricht von einer Verteilung „je nach Bedürftigkeit“, also zu ungleichen Teilen. Der Kommunismus in der Urchristengemeinde von Jerusalem sagt dem Armen: „Bruder, was mein ist, soll dein sein“, der heutige Kommunismus sagt dem Reichen: „Reich, was dein ist, muß mein werden.“

## Neueste Meldungen.

### Zur Präsidentschaftskandidatur Bülow's.

Berlin. Eine blasse Korrespondenz verbreitet die Nachricht, daß von namhaften Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei eine Kandidatur des Fürsten Bülow für die Wahl des Reichspräsidenten geplant werde, und die Zustimmung des Fürsten in Aussicht sehe. Die Tatsache an sich ist richtig, ihre vorzeitige Veröffentlichung aber um so weniger im Interesse der Kandidatur Bülow's gelegen, als im Lager der Deutschen Volkspartei selbst ganz erhebliche grundsätzliche Bedenken gegen diese Besetzung, die sich kaum als überwindlich erweisen dürften, ganz abgesehen davon, daß bei den übrigen bürgerlichen Parteien wenig Reizung für Bülow besteht. Die hauptsächlichsten Bedenken richten sich einerseits gegen die Stellung Fürst Bülow's zur wilhelminischen Politik, andererseits gegen sein hohes Lebensalter.

### Verbotene Schriften im Rheinland.

Koblenz. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat die vom Grafen E. Reventlow herausgegebene Wochenchrift „Der Reichskrieg“ auf 3 Monate verboten.

### Holland und die Hohenzollern.

Haag. Aus dem holländischen Ministerium wird erklärt, daß dem ehemaligen deutschen Kaiser und dem Kronprinzen kein Hindernis in den Weg gelegt würde, falls sie beschließen, Holland zu verlassen. Der holländischen Regierung sei dieses sogar nicht unangenehm.

### Lenin gestorben?

Paris. Aus Moskau kommt die Meldung von dem Tode Karbow's. Karbow ist das ehemalige Pseudonym Lenins. Die deutschen Ärzte, die nach Moskau berufen waren, sind nach Berlin zurückgekehrt, ehe sie die Genesung erreicht hätten. Der „Mail“ sagt, daß es noch nicht mit Sicherheit gesagt werden könne, daß Lenin gestorben sei, aber es sei wahrscheinlich; denn schon vorher seien Meldungen verbreitet worden, daß der russische Diktator schwer erkrankt und seine schreckliche Operation nötig sei. Man habe deshalb deutsche Spezialisten nach Moskau berufen, um die Operation durchzuführen.

Ein Lächeln spielte um des Grafen Lippen. Er rückte sich behaglicher in seinem Sessel zurück. „Also gut — feiern wir meinen ersten Ausflug über Buchenauer Gebiet. Aber ich glaube, weiter als bis nach Riedberg tragen mich meine lahmen Flügel nicht mehr. Mag's drum sein.“ „O, Sie werden auch wieder lernen, weiter zu fliegen“, sagte Hans, aufstehend und nach dem Diener klingelnd, den er gleich an der Tür abfertigte. Der Haushofmeister selbst brachte dann Wein und Gläser. Er vermied es diskret, den Grafen anzusehen. Aber dieser zwang sich einige Worte ab für den ihm noch bekannten alten Beamten. „Lieber Merkel — Sie kennen mich wohl nicht mehr?“ Merkel vernickte sich. „Doch, Herr Graf, aber ich glaube nicht, daß sich der Herr Graf meiner noch erinnert.“ Ein mildes Lächeln umspielte des Grafen Mund. „O doch — ein schlechtes Gedächtnis habe ich nicht.“ Merkel zog sich diskret zurück. Hans füllte die Gläser, und die Herren versorgten sich mit Zigaretten. „Wie ist es denn mit Ihnen, mein lieber junger Freund, ist es Ihnen noch nicht wieder zu eng geworden in den Mauern von Riedberg?“ Hans schüttelte lächelnd den Kopf. „Nein, noch empfinde ich die Ruhe als Wohlstand. Aber ab und zu werde ich doch einmal ausschlagen in Zukunft.“ „Ja, ja, Sie sind noch zu jung, um sich zu vergraben. Und eines Tages werden Sie eine junge Frau nach Riedberg bringen.“ Hans richtete sich lebhaft auf. „Ja, das werde ich. Und dort, diese Briefschaften blättere ich eben durch, um zu laudieren, was ich davon eventuell mit in den Ehestand nehmen kann und will.“ Graf Buchenau blickte forschend in des jungen Mannes Gesicht. „Sie haben wohl gar schon feste Pläne?“ fragte er

### Gebrückte Geschäftslage in England.

London. Wie gemeldet wird, wurde in Leicestershire wegen der gebrückten Lage im Ausfuhrhandel in einem Bergwerk der Betrieb eingestellt. 10 000 Bergleute sind beschäftigungslos geworden.

### Monarchistische Pläne in Ungarn.

Budapest. Hier verläutet mit Bestimmtheit, daß der ungarische Hochadel einen Staatsreich zugunsten des Königs Karl plant. Die Garnison von Budapest soll bereit sein, den Putsch zu unterstützen.

### Aufhebung italienischer Einfuhrverbote.

Rom. Durch Dekret der italienischen Regierung wurden mit sofortiger Gültigkeit einige bisher bestehende Einfuhrverbote aufgehoben, darunter für Fertigwaren in Wolle, Leinen und Hanf, für medizinische Spezialitäten, für Halbfertigprodukte von Eisen und Stahl, für Eisenbahnwagen und Schiffe, für Silber, Quecksilber, Kupfer und Bronze, ferner für landwirtschaftliche Maschinen, für Automobilbestandteile und endlich für Hüte und Schuhe.

Trochende Einschränkung des Eisenbahn-Personenverkehrs. Seit dem Beginn der Ausfuhrung des Spa-Abkommens hat der Eisenbahnverwaltung nicht mehr eine dem täglichen Verbrauch entsprechende Kohlenmenge zugeteilt werden können. Die Kohlenvorräte der Reichseisenbahnen sind infolgedessen ständig und in letzter Zeit besonders stark zurückgegangen. Jetzt sind fast nur noch Vorräte für weniger als zehn Tage vorhanden. Damit ist die Lage dem Gefährdungspunkt, daß der Betrieb aus Mangel an Diesellokomotiven nicht mehr in vollem Umfang durchgeführt werden kann, nahegerückt. Die Möglichkeit, daß der Personenverkehr eingeschränkt werden muß, um den notwendigen Güterverkehr sicherzustellen, ist nicht ausgeschlossen.

## Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

### Die Abstimmung in Oberschlesien am 13. März.

Frankfurt, a. M., 14. Januar. (tu.) Wie die Frankfurter Zeitung aus Berlin hört, ist in Paris für die Abstimmung in Oberschlesien der 13. März in Aussicht genommen.

### Zum Sturz des französischen Kabinetts.

Paris, 14. Januar. (tu.) Sämtliche Blätter messen dem Sturz des Kabinetts Legeres den festen Willen der Kammer zu, von der Regierung eine kräftige und entschlossene Politik bezüglich der Frage der Entwaflnung und der Entschärfung zu erzwingen.

London, 14. Januar. (tu.) Im Zusammenhang mit dem Sturz des Kabinetts Legeres bemerken die Times, das man heute weder in Frankreich noch in England von einer Aenderung in der Zusammenfassung des Kabinetts der beiden Länder auch eine Aenderung der allgemeinen Politik erwarten könne. Die Regierungen dieser allgemeinen Politik sind durch Erwägungen bestimmt, die über den politischen Schwankungen mit dem Stehen oder Fallen der einzelnen Staatsmänner stehen. Es kann deshalb mit völliger Ruhe abgewartet werden, wer jetzt Ministerpräsident in Frankreich wird. Die beiden Regierungen stehen sich in ihrer Auffassung bezüglich der Entwaflnungsfrage wie verläutet sehr nahe.

### Die Alliierten-Konferenz verlagert?

London, 14. Januar. (tu.) Daily Telegraph glaubt, daß infolge des Sturzes des Kabinetts Legeres die Alliierten-Konferenz verlagert werden wird. Nach der Times sieht es überhaupt noch nicht fest, ob Lloyd Georges sich persönlich nach Paris begeben wird.

## Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 14. Januar 1921.

### Öffentliche Stadtverordnetenversammlung

Donnerstag den 13. Januar 1920 abends 7 Uhr.

Anwesend sämtliche Herren beider städtischen Kollegien außer Herrn Stadt. Lohner.

Die erste diesjährige Stadtverordnetenversammlung war geschäftsordnungsgemäß vom Stadtrat einberufen worden. Herr Bürgermeister Rängel leitete sie bis nach der Wahl des 1. Vorstehers und eröffnete sie mit den besten Wünschen für unsere Stadt. Als 1. Vorsteher wurde der bisherige Herr Kantor Oberl. Hiengsch in Vorschlag gebracht und mit Stimmzettel einstimmig wiedergewählt. Er nahm die Wahl an und dankte für sie wie die vom Bürgermeister dargebrachten Wünsche des Rates mit der Versicherung, daß er das Amt wie bisher im Interesse der Stadt mit ganzer Kraft verwalten werde. Nach Aebnahme des

Der junge Mann sah ihn mit großen, offenen Augen an. „Da dies Thema zur Sprache kommt — ja, Herr Graf, ich habe feste Pläne. Und diese Stunde ist mir feierlich genug, meine Wünsche vor Ihnen zu enthüllen. Sie sind mir lieb und wert geworden im regen Verkehr, Herr Graf, und ich will ganz vertrauensvoll zu Ihnen kommen mit einer Frage: Wollen Sie mir gestatten, daß ich mich um Komtesse Pia bewerbe?“ Graf Buchenau zuckte zusammen und sah ihn fassungslos an. „Meine Tochter? Sie — und meine Tochter?“ stammelte er. „Mein Gott — Pia ist ja noch ein Kind!“ „Das scheint Ihnen nur so, Sie sehen im täglichen Zusammenleben nicht, daß das Kind zur Jungfrau heranwächst. Komtesse Pia ist vor kurzem achtzehn Jahre alt geworden.“ „Gewiß — aber trotzdem — Sie wissen doch selbst, was für ein Kind sie noch ist.“ „Ich will mich ja auch nicht heute und morgen schon mit ihr verheiraten. Nur wissen will ich jetzt von Ihnen, ob Sie meiner Bewerbung entgegenstehen würden.“ Graf Buchenau strich sich unbehaglich über die Stirn. Eine Welle blickte er starr vor sich hin. Dann richtete er sich auf und holte tief Atem. „Nein, nein — entgegenstehen würde ich Ihrer Bewerbung nicht. Ich habe Sie als einen ehrenhaften, wertvollen Menschen erkannt, in dessen Hände ich wohl ruhigen Herzens das Schicksal meiner Tochter legen könnte. Und — Schluß Riedberg gönne ich eine junge Herrin, die so reinen Herzens ist, wie meine Tochter. Aber — das kommt mir so überraschend. Und Sie selbst — haben Sie sich ernstlich geprüft, werden Sie sich nicht überlegen? Sie kommen aus der großen Welt, kennen die Frauen sicher von ihrer verführerischen Seite. Was kann Ihnen da meine schlichte kleine Pia bieten, außer ihrem reinen Herzen, ihrem ungeschulden Sinn?“

(Fortsetzung folgt.)



